



Kerstin Schreyer, MdL

Präsidentin des
Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
PI/G-4255-3/1649 I
10.05.2021

Unser Zeichen
17-4220.EPL03-71-1

München
31.05.2021

**Schriftliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Max Deisenhofer vom
07.05.2021 betreffend „Polizeiinspektion Burgau“**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration wie folgt:

Zu 1.1 Wann haben die Baumaßnahmen der neuen Polizeiinspektion Burgau begonnen?

Die Baumaßnahmen haben im April 2018 begonnen.

Zu 1.2 Bis zu welchem Zeitpunkt sollten die Baumaßnahmen abgeschlossen sein?

In der Haushaltsunterlage-Bau war eine Fertigstellung bis Juni 2020 geplant.

Zu 1.3 Wann wird die neue Polizeiinspektion voraussichtlich bezugsfertig sein?

Die Polizeiinspektion Burgau wird Mitte Juli 2021 bezugsfertig sein.

Zu 2.1 Was sind die Ursachen der Verzögerung?

Aufgrund fehlender Angebote bei der Fenster- und Fassadenausschreibung mussten diese Gewerke mehrmals ausgeschrieben werden. In der Folge musste auch der Innenausbau verschoben werden, da das Hauptgebäude zum Winter 2019/20 nicht baudicht hergestellt werden konnte. Erst ab März 2020 konnte mit dem Einbau der Fenster und der Dachdeckung am Hauptgebäude sowie mit dem Innenausbau begonnen werden.

Zu 2.2 Welche Mehrkosten sind durch die Verzögerung entstanden?

Durch die Bauzeitverlängerung sind ca. 90.000 Euro Mehrkosten entstanden.

Zu 3.1 Wie hoch wurden die Baukosten vor Baubeginn beziffert?

Die baufachlich festgesetzte Haushaltsunterlage-Bau wurde durch den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Sitzung am 04.07.2018 mit Gesamtkosten in Höhe von 5,1 Mio. Euro (ohne Index und Risikovorsorge) genehmigt.

Zu 3.2 Welche Baukosten sind bislang entstanden?

Bislang wurden 4,45 Mio. Euro ausgegeben.

Zu 3.2 Welche Baukosten sind nach Abschluss der Baumaßnahmen insgesamt zu erwarten?

Es ist zu erwarten, dass die Baumaßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von 6,5 Mio. Euro abgeschlossen werden kann.

Zu 4.1 Inwiefern bemüht sich der Freistaat beim Bau der Polizeiinspektion um eine ökologische Bauweise?

Die Anforderungen aus dem Ministerratsbeschluss vom Juni 2011 zum energetischen Standard staatlicher Gebäude werden bei der Polizeiinspektion Burgau

deutlich übererfüllt. Es werden sowohl die Anforderungswerte der zugrundeliegenden Energieeinsparverordnung 2009 an die U-Werte der Gebäudehülle, als auch an den Jahres-Primärenergiebedarf jeweils um mehr als 30 Prozent gegenüber dem Referenzgebäude unterschritten. Dies wird erreicht durch eine effiziente Wärmedämmung, dreifach verglaste Fenster und den Einsatz von alternativen Energiequellen (Photovoltaik-Anlage auf dem Dach und Luft-Wasser-Wärmepumpe zur Grundlastabdeckung). Es wurden langlebige Baustoffe verwendet, die mit geringem Energieaufwand hergestellt werden können (z.B. Kalksandstein, Holz). Ein weißes Dach und eine weiße Fassade wirken im Sinne einer klimaangepassten Bauweise der Aufheizung des Gebäudes entgegen. Das Gründach auf dem Nebengebäude trägt zur Kühlung des Gebäudes im Sommer und zur Erhaltung der Artenvielfalt bei.

Zu 4.2 Inwiefern kommen beim Bau der Polizeiinspektion nachwachsende Rohstoffe wie zum Beispiel Holz zum Einsatz?

Holz kommt bei der Polizeiinspektion Burgau im Dachstuhl und bei der Dachschalung zum Einsatz.

Zu 4.3 Inwiefern kommen beim Bau der Polizeiinspektion regionale Rohstoffe zum Einsatz?

Schüttgüter (Schotter, Sand, Splitt) kommen aus regionalen Abbaugebieten.

Zu 5. Inwiefern wird im Zuge des Baus der 10-Punkte-Plan der Staatsregierung zur Umsetzung des Klimaschutzgesetzes beherzigt, der die „stärkere Verwendung von Holz bei Bauvorhaben im staatlichen Hochbau“ vorsieht?

Die Planung trägt dem 10-Punkte-Plan insofern Rechnung, als Holz in konstruktiven Bereichen (Dachstuhl) eingesetzt wird. Im Bereich der Fassadenkonstruktion ist aufgrund erhöhter Anforderungen an die Gebäudesicherheit und Eigensicherung der Polizeieinrichtung (z.B. Durchschusshemmung, Einbruchschutz, Vandalismus) der Baustoff Holz nur mit erhöhtem Aufwand umzusetzen.

Zu 6.1 Inwiefern werden regenerative Energieträger eingesetzt?

Zur Wärmeversorgung des Gebäudes wird eine Luft-Wasser-Wärmepumpe zur Grundlastdeckung eingesetzt.

Zu 6.2 Wie hoch ist die prognostizierte Leistung der Photovoltaik-Anlagen?

Die Photovoltaikanlage ist auf 29 KWp ausgelegt.

Zu 6.3 Welcher Anteil daran kann erwartungsgemäß für den Eigenbedarf eingesetzt werden?

Ca. 70 Prozent des erzeugten Stroms kann für den Eigenbedarf eingesetzt werden.

Zu 7.1 Welche Bemühungen wurden unternommen, um die Flächenversiegelung so gering wie möglich zu halten?

Die Parkplätze werden mit Rasenpflaster ausgeführt, Gehwege werden gepflastert und in das Gelände entwässert.

Zu 7.2 Inwiefern wird Regenwasser gespeichert, genutzt oder versickert, um die öffentlichen Abwasserkanäle und -anlagen zu entlasten?

Gehwegflächen werden ins Gelände entwässert, Parkplatzflächen mit Rasenpflaster ausgeführt. Weitere Versickerungen sind aufgrund eines hohen Grundwasserspiegels nicht möglich.

Zu 7.3 Inwiefern sind eine Bauwerksbegrünung und das Anlegen von Blühflächen beabsichtigt?

Das Garagengebäude erhält ein begrüntes Dach, an der Südseite ist im Gelände eine Blumenwiese (130 m²) vorgesehen. Eine Begrünung der Fassadenflächen ist aufgrund der Eigensicherung der Polizeieinrichtung nicht möglich.

Zu 8. *Inwiefern wurden Ladestationen für E-Fahrzeuge vorgesehen?*

Auf dem Parkplatz wird eine E-Ladestation mit einer Gesamtleistung von 22 kW und zwei Ladepunkten vorgesehen. Sie ist auf eine Gesamtleistung von 44 kW erweiterbar.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Kerstin Schreyer
Staatsministerin